



8/510-262/ME

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1
DVR 37 257
Fernschreib-Nr. 111145 reggeb a, 111780 reggeb a
Telefax 713 79 95, 713 93 11
Telefon 0222/71100 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Geschäftszahl 12.010/4-Pr/A/3/93

MR Dr. Zimmermann / 5146

An das
Präsidium des
Nationalrates

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Parlament
1016 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	28 -GE/19 93
Datum: 1 1. MAI 1993	
Verteilt	14. Mai 1993 / 1/2

Dr. Ötzwarner

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979,
das Gehaltsgesetz 1956 u.a. geändert werden;
Begutachtungsverfahren-Stellungnahme

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt
sich, in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner an das Bundeskanz-
leramt gerichteten Stellungnahme zum Entwurf des im Betreff
ersichtlichen Bundesgesetzes zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 10. Mai 1993
Für den Bundesminister:
Dr. Pfeffer

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1
DVR 37 257
Fernschreib-Nr. 111145 regeb a, 111780 reggeb a
Telefax 713 79 95, 713 93 11
Telefon 0222/71100 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Geschäftszahl 12.010/4-Pr/A/3/93

MR Dr. Zimmermann / 5146

An das
Bundeskanzleramt

W i e n

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979,
das Gehaltsgesetz 1956 u.a. geändert werden;
Begutachtungsverfahren-Stellungnahme
zu Zl. 921.010/1-II/A/93 vom 7. April 1993

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt
sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-
Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956 u.a. geändert
werden sollen, nachfolgende Stellungnahme abzugeben:

zu Art. II Z.3 (§ 12 Abs.2 Z.4 lit.f. GG)

Gemäß dieser Gesetzesbestimmung sind alle Dienstverhältnisse im
Rahmen einer Rechtsfähigkeit der genannten Dienststellen des
Bundes anzurechnen und ist keine Beschränkung auf "Wissenschaft-
liche Verwendung" gegeben.

Nach ho. Auffassung sollte weder eine Beschränkung auf wissen-
schaftliche Tätigkeit noch auf die angeführten Dienststellen des
Bundes erfolgen, um Härten bzw. Vollanrechnungsanträge zu ver-
meiden.

Der Begriff "Wissenschaftliche Einrichtung des Bundes" erscheint
unbestimmt. Die Bestimmung des § 12 Abs.2 Z. 4 lit.f sollte nach
ho. Ansicht wie folgt lauten: "in einer Beschäftigung mit mindes-
tens der Hälfte des für Vollbeschäftigte vorgeschriebenen Aus-

maßes in einem Dienstverhältnis, das im Rahmen der Rechtsfähigkeit beim Bund eingegangen worden ist;".

Bemerkt wird, daß § 92 (Gehaltsgesetz) des Entwurfes eine analoge generelle Formulierung enthält.

zu Art. III Z.1 (§ 26 Abs.2 Z.1 lit.b VBG)

Auf die Ausführungen zu Art. 2 Z.3 (§ 12 Abs.2 Z.4 lit.f GG) sowie auf § 72b (VBG) des Entwurfes darf verwiesen werden.

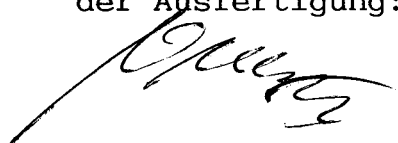
Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

Wien, am 10. Mai 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Pfeffer

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Pfeffer', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.